

Mayer, Otto Gustav

Article — Digitized Version

Strukturpolitik in der Krise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto Gustav (1983) : Strukturpolitik in der Krise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 10, pp. 474-475

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135843>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

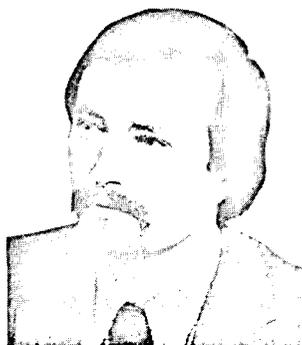
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturpolitik in der Krise



Wohin es führt, wenn Subventionen und staatliche Eingriffe auf Dauer Märkte und Wettbewerb verzerren, stören oder gar verfälschen, lehren nicht nur die Entwicklungen in den alten und immer wieder neuen Problembereichen der europäischen Agrarpolitik und des Kohlenbergbaus. Gerade in letzter Zeit geben auch die Stahlindustrie und der Großschiffbau allzu deutliche Beispiele dafür ab. Trotz massiver finanzieller Hilfen bleiben den Unternehmen, wie der Fall der Arbed Saarstahl offenbart, Strukturanpassungen, die leider auch Beschäftigungsabbau und Stilllegungen bedeuten können, nicht erspart. Diese Anpassungen stellen dann – hoffentlich – die Existenz der Unternehmen ohne Dauersubventionen sicher.

Subventionen zur Verhinderung solcher Anpassungsprozesse, die zumeist mit dem Argument der Erhaltung von Arbeitsplätzen abgefordert und auch gewährt werden, sind in der Regel nur hinausgeworfenes Geld, da die grundlegenden Probleme häufig nicht gelöst, sondern nur auf die lange Bank geschoben werden. Sie treten dann um so massierter auf. Die Alternative zu den heute anstehenden Massenentlassungen in den Krisenbereichen wäre ja zu keinem Zeitpunkt die Erhaltung aller heute betroffenen Arbeitsplätze gewesen – außer, man wollte aus Arbeitsplatzgründen aus jedem notleidenden Unternehmen oder Industriezweig eine staatliche finanzierte und regulierte Veranstaltung machen, ausgehalten nicht nur zu Lasten der konkurrierenden Firmen, sondern auch, was häufig vergessen wird, aller anderen Branchen und Sektoren, d. h. zu Lasten des zwangsläufig immer kleiner werdenden produktiven Restes der Volkswirtschaft. Auf welchem Produktivitäts- und Einkommensniveau sich unsere Volkswirtschaft in absehbarer Zeit befinden würde, wenn eine solche Politik der Arbeitsplatzzerhaltung konsequent betrieben würde, mag sich jeder selbst ausrechnen: trotz gegenwärtiger Flaute oder Krise – es wird sicherlich erheblich niedriger als im Jahr 1983 sein. Die Alternative zu den heutigen Massenentlassungen hätte darin bestanden, rechtzeitig in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen eine allmähliche und damit auch sozial tragbare Anpassung an die Marktlage herbeizuführen.

Es sollte nicht als Plädoyer zur Schaffung einer Rentiergesellschaft in Teilbereichen verstanden werden, sondern nur als Verdeutlichung der Größenordnung der Mittel, die auf dem Spiele stehen: Hätte man die der Arbed Saarstahl in den letzten fünf Jahren gewährten öffentlichen Hilfen in eine Art Sozialplan eingebracht und schon damals für die Arbeitnehmer vorgesehen, die heute trotz aller Hilfen entlassen werden sollen, hätten diese im Durchschnitt ihr Gehalt bis zur Pensionierung weiterbeziehen können. Statt diese Mittel einem einzelnen nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen zu gewähren, wären sie besser gezielt für eine allgemeine Verbesserung des Standortes Saarland eingesetzt worden. Man hätte dabei sogar daran denken können, all jene Aktivitäten zu diskriminieren, die eine Beibehaltung oder gar Verstärkung der Monostruktur dieser Region bedeuteten. Dieses Argument gilt auch für Problemregionen, die durch die regionale Konzentration des Großschiffbaus oder des Kohlenbergbaus entstanden sind.

Dem Vorwurf beispielsweise an die krisengeschüttelten Unternehmen des Großschiffbaus, sie hätten es versäumt, rechtzeitig den Wandel auf dem Weltschiffbaumarkt zu erkennen, neue Produktlinien aufzunehmen und damit neue Märkte zu erschließen, kann sicherlich zugestimmt werden. Die Frage ist jedoch, ob solche Versäumnisse nicht auch politisch genährt wurden. Auf traditionsreiche Monostrukturen fixiert, anscheinend aus Furcht vor größeren Veränderungen die Notwendigkeit einer regionalen Diversifizierung vergessend, war

fast immer von politischer Seite zu erwarten, daß sie bei Schwierigkeiten mit Hilfen einspringen würde. Häufig wurde einzelnen Unternehmen und einer Branche unter die Arme gegriffen, um politisch nicht den Verlust von beispielsweise 300 Arbeitsplätzen zu riskieren mit der Folge, daß auch die gesunden Teile dieses Unternehmens, aber auch andere Betriebe der betreffenden Branche – man denke nur an das Problem der kleinen und mittleren Werften –, so in Mitleidenschaft gezogen wurden, daß schließlich 2000 Arbeitsplätze unhaltbar wurden.

Die Wirtschaftswissenschaft weist schon seit langem darauf hin, daß im Bereich der staatlichen Interventionen manches im argen liegt. Vielleicht bewirkt aber nun die Praxis, die Zuspitzung der Probleme in vielen Bereichen, daß die Stimmen, die behaupten, daß politisches Handeln auf langfristig rationaler Basis eine trügerische Hoffnung darstelle, unrecht behalten. Nicht daß Strukturprobleme ohne staatliche Eingriffe nicht aufträten. Es ist ein Gemeinplatz, daß struktureller Wandel, d. h. Wachsen und Schrumpfen der verschiedenen Bereiche wirtschaftlicher Tätigkeit, eine normale und zur Erreichung eines angemessenen Wachstums der gesamten Volkswirtschaft sogar eine notwendige Erscheinung sind. In der Regel wird eine solche Entwicklung, begründet durch Wandlungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite sowie der internationalen Arbeitsteilung, durch Veränderungen der Produktpreise und der Unternehmensgewinne angezeigt und dadurch ein Anpassungsbedarf signalisiert. Der Strukturwandel, und damit auch der Niedergang bestimmter Zweige, ist von daher kein Grund für staatliche Eingriffe.

In zwei Fällen mögen jedoch staatliche Hilfen angebracht erscheinen: Erstens kann der Rückschlag für eine Branche so plötzlich kommen und der damit verbundene Niedergang so dramatisch verlaufen, daß es aus sozialen Gründen gerechtfertigt ist, vorübergehend Subventionen zu geben, um den Anpassungsprozeß zu strecken. Doch derartige Schocks auf der Nachfrage- oder Angebotsseite sind selten. Trendeinbrüche, wie sie durch die Ölpreiserhöhungen des vergangenen Jahrzehnts herbeigeführt wurden, sind die Ausnahme und nicht die Regel. Bei allen oben erwähnten Beispielen dürfte es schwerfallen, die Probleme auch nur überwiegend auf externe Schocks zurückzuführen. Zweitens kann es volkswirtschaftlich sinnvoll sein, vorübergehende Hilfen zu gewähren, um der betreffenden Branche Kapazitätsanpassungen und/oder Investitionen in neue Verfahren oder Produkte zu ermöglichen, falls berechtigte Aussichten bestehen, daß sie dann im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

In beiden Fällen muß aber als erste unabdingbare Voraussetzung gegeben sein, daß das staatliche Engagement nur temporärer Natur ist, daß ein Anpassungskonzept mit sofort greifenden Maßnahmen vorliegt und daß die finanzielle Unterstützung im vorgesehenen Zeitablauf abnimmt. Notwendig ist in jedem Fall – wie aus den verschiedenen gelagerten Fällen Stahl und Schiffbau zu ersehen ist – eine genaue Diagnose der Schwierigkeiten, denn die notwendigen Maßnahmen differieren, je nachdem, ob das Grundproblem in einem weltweiten Kapazitätsüberhang oder in im internationalen Vergleich zu hohen Arbeitskosten (ohne die Möglichkeit zur Produktivitätssteigerung) liegt. Mit der konzeptionslosen Erneuerung sogenannter temporärer Hilfen nicht nur im Stahl- und Schiffbaubereich und nicht nur in der Bundesrepublik über die Jahre hinweg ist es nicht getan.

Eine zweite Bedingung sollte sein, wenn schon öffentliche Hilfe geleistet werden soll, diese nicht einzelnen Firmen, sondern der gesamten betroffenen Branche zu gewähren. Damit kann verhindert werden, daß zumindest innerhalb der Branche der Wettbewerb verzerrt wird, indem die wettbewerbsunfähigsten Unternehmen subventioniert werden, und daß vor allem Großunternehmen, sei es wegen ihrer besseren politischen Verbindungen, sei es wegen ihrer größeren Zahl an Arbeitsplätzen, bevorzugt werden.

Noch seltener sollten öffentliche Hilfen aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ gewährt werden. Dieses Argument ist jetzt aus jeder Krisenbranche, ob Landwirtschaft, Kohlenbergbau, Stahl oder Großwerften zu hören. Während der Grundgedanke, der hinter der Forderung nach Selbstversorgung aus Gründen der nationalen Sicherheit steht, sicherlich akzeptiert werden kann, dürfte eine eingehendere Überprüfung im Hinblick auf bestimmte Sektoren nur die Vermutung bestätigen, daß in der Regel weniger die Nation als bestimmte Produzentengruppen „gesichert“ werden sollen.